Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint

Nr. 160. Mittag-Ausgabe. Neunundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Freitag, den 3. April 1868.

Deutschland.

O. K. C. Reichstags-Verhandlungen.

6. Sitzung des norddeutschen Reichstages. (2. April.)

Eröffnung 11¼ Uhr. Am Tische der Bundes-Commissarien Graf Bismarck, v. Delbrück, Dr. Pape, König, v. Philippsborn, v. Watzdorf u. A. — Das Haus ist schwach, die Tribünen sind sehr stark besetzt; in der Diplomaten-Loge befindet sich u. A. der nordamerikanische Gesandte Bancroft.

Es werden wieder 14 Urlaubsgesuche bewilligt, darunter auch das neulich verweigerte des Abg. Buddeberg, da derselbe die Motive dazu (Geschäfte öffentlicher Natur) näher auseinandergesetzt.

Nach der Debatte über den nordamerikanischen Vertrag, welche wir im Morgenbl. mittheilen werden, tritt das Haus in die Berathung des Waldeck'schen Antrags, den Artikel 32 der Bundesverfassung aufzuheben und an dessen Stelle zu setzen: „Die Mitglieder des Reichstages erhalten aus der Bundescasse Reisekosten und Diäten nach Maßgabe des Gesetzes. Bis zum Erlasse dieses Gesetzes stellt das Bundespräsidium die Höhe derselben fest. Ein Verzicht auf die Reisekosten und Diäten ist unstatthaft."

Da sich zur Generaldebatte Niemand gemeldet hat, wird sogleich die Specialdiscussion eröffnet.

Abg. Waldeck: Bei der Berathung der Bundesverfassung trat uns eine große Zahl von Mängeln entgegen, die mir und meinen politischen Freunden die Annahme der Verfassung unmöglich machten. Man hielt uns damals entgegen, es gelte ja nur, das Gebäude unter Dach zu bringen; es komme nicht so genau darauf an, ob man im Drange der Umstände etwas wirklich Vollkommenes zu Stande bringe, die Verfassung könne und werde später verbessert und ausgebaut werden. Eine solche durchgreifende Ausbildung der Verfassung ist aber nur möglich, wenn sie bei dem gesetzgebenden Organ, dem Reichstage selbst, beginnt. Die Nothwendigkeit der Diäten war damals von einer sehr bedeutenden Majorität dieses Hauses anerkannt worden und nur unter dem Druck der bekannten Erklärung des Hrn. Ministerpräsidenten wurde in der Schlußberathung die jetzige Fassung des Art. 32 angenommen. Ich habe mich damals wie heute vergeblich nach Gründen umgesehen, die eine principielle Verwerfung der Diäten rechtfertigen könnten. Man war nicht im Stande, dergleichen anzuführen, ich müßte denn die des Abg. Wagener dafür halten, der die Selbstverwaltung der Gemeinden mit unserer Thätigkeit verglich, und hieraus die Nothwendigkeit einer unentgeltlichen Uebernahme unseres Mandats wie die eines Gemeindeamtes folgerte.

Ich glaube, der Unterschied liegt auf flacher Hand. Wir sind hier nicht corporative Vertreter, wir sind Repräsentanten des ganzen Volkes und darum darf auch eine Entschädigung für Reisekosten und für den hiesigen Aufenthalt nicht von dem einzelnen Wahlkreis, sondern sie muß vom Staate getragen werden; nothwendig aber ist diese Entschädigung, wenn das Volk nach freiem Ermessen und ohne Rücksicht auf die Mittel des Candidaten wählen soll. Die Gründe, die dagegen geltend gemacht werden, sind nicht prinzipieller Natur, sondern wurzeln in corporativen Interessen. Man trat von conservativer Seite mit Redensarten, wie die von Dreithalermännern und dergleichen hervor, Redensarten, die ernsten Berathungen besser fern geblieben wären; man citirte Schreckgebilde und verlangte eine Vertretung der Interessen derer, die durch ihre pecuniäre Stellung und Intelligenz das Wohl des Staates am besten zu wahren im Stande wären — gleichsam als ob der Reichthum eine Garantie für die Intelligenz des Besitzers, oder als ob in andern als den begüterten Kreisen Intelligenz nicht vorhanden sei. Es ist eine Frage, ob die Vertreter jener Interessen auch zugleich die Vertreter des Volkes sind. Aber noch eine andere Erfahrung der letzten Tage sollte Sie bestimmen, dem von mir gestellten Antrage Ihre Zustimmung zu geben. Die Abgg. Reichensperger und Twesten wiesen bereits bei Berathung der Verfassung darauf hin, daß bei dem Mangel an Diäten sich naturgemäß die Zahl der tagenden Mitglieder bald verringern würde. Die Erfahrung hat diese Befürchtungen bereits so weit bestätigt, daß man an eine Herabsetzung der zur Beschlußfähigkeit erforderlichen Zahl von Mitgliedern denkt; ich zweifle, daß dies der richtige Weg ist, dem Uebel abzuhelfen; wir könnten dadurch leicht Gesetze zu Stande kommen sehen, die der Absicht und dem Willen des Volkes nicht entsprechen. Der Grund, als sei mein Antrag augenblicklich nicht opportun, ist sicher nicht zutreffend.

Gerade zu keiner Zeit war er geeigneter als jetzt; wir stehen mitten in der Legislaturperiode und haben Wahlen in der nächsten Zeit nicht zu erwarten; der Druck der äußeren Verhältnisse ist nicht vorhanden und die Gründung des Bundes ist zum Abschluß gebracht, was steht also meinem Antrage entgegen? Der Minister v. Friesen erklärte bei der Berathung der Verfassung, wenn sich durch die Praxis Nachtheile aus der Diätenlosigkeit herausstellen sollten, so würde der Bundesrath zu einer späteren Aenderung die Hand bieten. Nun, daß die Nachtheile vorhanden sind, zeigen Ihnen die mäßig besetzten Bänke des Hauses; ich erwarte, daß man sich jenes Wortes erinnern wird, wenn das Haus, wie ich hoffe, meinen Antrag zu dem seinigen gemacht haben wird. Sollte man uns jedoch abermals zurückweisen, so werden wir wiederkommen und unsere Rechte so lange fordern, bis wir sie erhalten haben. (Beifall links.)

Abg. Graf Schulenburg (Beetzendorf): Ich bedauere, daß diese delikate Frage durch die früheren Beschlüsse des Hauses noch immer nicht als erledigt betrachtet wird. Ich constatire, daß die conservative Partei ihre Zustimmung zu dem allgemeinen directen Wahlrechte ausdrücklich von der Diätenlosigkeit abhängig machte und daß der erste Angriff auf die Verfassung wieder von jener (nach links) Seite ausgeht. (Große Heiterkeit). Erst vor einem Jahre hat das Haus seinem Willen in dem damaligen Beschlusse Ausdruck gegeben und ich begreife nicht, wie man heute darauf kommen sollte, sich selbst zu desavouiren. Diejenigen, die ohne Diäten hier nicht leben zu können glauben, hätten sich dies vor Annahme des Mandats überlegen sollen, eine Annahme des Waldeck'schen Antrages aber würde ich im Interesse des Hauses auf's Tiefste beklagen.

Abg v. Schweitzer: Von Gründen gegen den Antrag habe ich bis jetzt Nichts gehört, glaube sie aber zu errathen: Die unbegründete Furcht, zu viele Vertreter aus den besitzlosen Ständen hier zu sehen. Wenn Sie bis jetzt nur wenige Vertreter der arbeitenden Klassen hier sehen, so hat dies seinen Grund in den Verhältnissen auf die ich bereits neulich hingewiesen habe. Die Arbeiter würden sich durch die Diätenlosigkeit von ihrer Pflicht im Reichstage nicht abhalten lassen; sie sind ja an das Hungern gewöhnt. ganz gleich, ob es in den Gebirgen Schlesiens, am Rhein oder in der Hauptstadt des Landes geschieht. Also nicht aus praktischen, sondern nur aus dem principiellen Grunde bitte ich Sie, den Antrag anzunehmen, weil Sie durch Ablehnung desselben der Armuth einen Schlag in das Gesicht geben würden.

Abg. v. Blanckenburg: Auch ich liebe die arbeitenden Stände, glaube aber nicht, daß sie deshalb hungern, weil sie hier nicht vertreten sind. Die Ursachen hiervon liegen auf einem anderen Felde. Gerade die Abgeordneten aber, die sich als Vertreter der Arbeiter geriren, sollten im eigenen Interesse gegen die Bewilligung von Diäten sein, weil dadurch ihr Votum ein viel bedeutenderes Gewicht erhält. Nichts hat der gesetzgebenden Versammlung im Jahre 1848 mehr geschadet, als die Vorwürfe, die man ihr wegen Annahme von Diäten und zu weit gehender Benutzung der Portofreiheit machte. Dieses Haus kann niemals Diäten annehmen schon aus dem inneren Grunde, weil es über allen anderen Vertretungen Deutschlands steht. Noblesse oblige — wenn dies Bewußtsein erst im Lande und auch in unserer Partei sich überall Geltung verschafft hat, werden wir hier nicht mehr für Diäten fechten. (Heiterkeit.) Von allen Befürchtungen, die man bei Feststellung der Verfassung an die Diätenlosigkeit knüpfte, ist keine in Erfüllung gegangen. Schmeckt dies Haus etwa nach mecklenburgischer Ritterschaft? Besitzen wir keine Intelligenz? Sind die liberalen Elemente nicht genügend vertreten? Neun verschiedene Fractionen haben wir im Hause, von der Rechten bis zur äußersten Linken, in denen jede politische Ansicht vertreten ist. Ich bitte Sie deshalb, die jetzigen Bestimmungen aufrecht zu erhalten.

Abg. Försterling: Die Annahme des Antrages ist für den Arbeiter von dem größten Interesse. Wir werden uns freilich auch so nicht unserer Pflicht entziehen, aber überlegen Sie selbst, wie schwer es für einen Arbeiter ist, längere Zeit hier in Berlin zu leben, und gleichzeitig noch seine Familie zu Hause zu erhalten. Nur durch Bewilligung von Diäten werden Sie das Volk in den vollen Gebrauch des allgemeinen, gleichen und directen Wahlrechts setzen, das für die Verbesserung der Lage der Arbeiter, deren Hebung auf gesetzlichem Wege der König von Preußen zugesichert hat, von der wesentlichsten Bedeutung ist.

Abg. v. Vincke (Olbendorf) (gegen den Waldeck'schen Antrag): Der Abg. Waldeck hat in seinen Ausführungen zu wenig Gewicht gelegt auf die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit eines Abgeordneten. Derselbe muß weder der Gunst von oben noch von unten bedürfen, und eine solche Stellung wird im Allgemeinen nur derjenige einnehmen, der die Diäten entbehren kann. Die Erfahrung, daß das Haus nicht vollzählig besetzt ist, hat nicht in der Diätenlosigkeit ihren Grund, sondern beruht auf anderen Verhältnissen. Ich sehe deshalb keinen Grund, die bestehenden Bestimmungen zu ändern und werde gegen den Antrag stimmen.

Abg. Schulze (Berlin): Man kann es von einem gewissen Standpunkte aus wohl vertheidigen, die Wählbarkeit an einen gewissen Census zu knüpfen, wenn man das aber will, so trete man mit seiner Forderung offen hervor und suche nicht durch die Hinterthür der Diätenlosigkeit sein Ziel zu erreichen. Es ist dies eine innere Unwahrheit, die ich namentlich in diesen großen Fragen vermieden wünschte. Man spricht uns von Noblesse und Unabhängigkeit und scheint dabei die geschichtliche Entwicklung unseres politischen Lebens zu vergessen. Das Jahr 1848 war es, das man sich vergeblich bemüht, im Bewußtsein des Volkes herunterzuziehen, welches uns auf unsern jetzigen Standpunkt gebracht hat. Es ist wahr, das allgemeine directe Wahlrecht in den Händen des Volkes ist eine ungeheuere Macht, und bedarf eines Regulators, um nicht zum Schaden des Staates zu gereichen. Diesen Regulator werden Sie aber wahrlich nicht durch die Diätenlosigkeit schaffen, sondern nur dadurch, daß sie auch dem Volke die so lange vorenthaltenen übrigen Rechte geben, welche, wie das Vereins- und Versammlungsrecht, die Freiheit der Presse u. A. die nothwendige Ergänzung und das Gegengewicht gegen die Gefahren des allgemeinen directen Wahlrechtes bilden. Man hat auf dieses Wahlrecht als auf ein Resultat socialistischer Bestrebungen hingewiesen, ich und meine Freunde verlangen diese allgemeine Rechtsgleichheit gerade als Waffe gegen die socialistische Gleichmacherei. Nicht zufrieden mit dem Vorsprung, den die begüterten Klassen auch bei den Wahlen schon an und für sich haben, verlangen sie auch noch das Privilegium der Wählbarkeit für sich allein. Wenn wir ihnen dies entziehen, genügt es freilich nicht mehr, daß sie sich als Grundbesitzer oder Groß-Industrielle nur hinstellen, um gewählt zu werden, sie werden sich um das Wohl und Wehe, um die Interessen des Volkes selbst bekümmern müssen, und ich würde ein solches Resultat nicht für das schlechteste unseres Antrages halten.

Der Abg. v. Blankenburg hat uns hier als die erste Vertretung Deutschlands hingestellt; ich will die Capacitäten in den verschiedenen Vertretungen nicht gegen einander abwägen, der Glaube aber, daß die Interessen des preußischen und deutschen Volkes an unsere Verhandlungen geknüpft wären, erscheint mir doch kühn. Deutschland richtet sein Auge jetzt nach einer andern Stelle, es knüpft seine Hoffnungen an unsern Nachbarstaat, wo man anfängt mit dem alten Schutt aufzuräumen, um dem Lichte moderner Ideen Einlaß zu gewähren. Wenn Sie nicht weit zurückbleiben wollen, dann rathe ich Ihnen, durch Annahme unseres Antrages dafür zu sorgen, daß sich dieses Haus durch frische Kräfte aus dem Volke recrutire. Durch Diätenentziehung werden Sie wahrlich Nichts erreichen. (Lebhafter Beifall).

Abg. Wagener (Neustettin): Dem Hinweis auf den Nachbarstaat, dem sich das Interesse der Nation angeblich zuwenden soll, während diese Versammlung gleichsam im Skat liegt, stelle ich entgegen, daß gerade die Süddeutschen die Beseitigung der Politik verlangen, zu der sich der Vorredner bekennt. Neue Gründe habe ich auch vom Abg. Waldeck nicht gehört, sondern nur alte und kaum aufgewärmte. Ohne unentgeltlichen Ehrendienst im Staate giebt es nur einen Scheinconstitutionalismus, der nicht regieren kann und nicht regieren will, sondern nur reden und reden und opponiren; das hat Gneist bewiesen, und auch ein neuer liberaler junger Mann schreibt, daß nur das Aufgebot freiwilliger Kräfte in den unteren centralen Kreisen zum Wesen des englischen Parlamentarismus führe. Cavour hat gewußt, daß ein Parlament mit Diäten Italien in einen Ameisen- und Sandhaufen verwandeln würde. So denkt Mill, ein anderer Engländer sagt: es ist ein Unglück, wenn nur der Geist in den Vertretungen herrscht und nicht der Besitz. Auch darin hat Gneist Recht, wenn er sagt, daß bevor wir nicht alle unsere Sachen von unten selbst ordnen, wir in Preußen keine Parteien, sondern nur Gruppen mit verschiedenen Interessen haben. Die Diätenlosigkeit ist der Punkt, an welchem Staat und Gesellschaft sich berühren, ohne sie fällt die Gesellschaft in ihre Atome auseinander und der Staat langt nicht bei der Freiheit, sondern bei dem Convent oder bei dem Cäsarismus an (Beifall rechts).

Abg. v. Hennig: Ich habe den Antrag, für den ich stimmen werde, nicht mitunterschrieben, weil er nicht die ausdrückliche Bestimmung ausspricht, daß die Diäten nicht mehr für diesen, sondern erst für den nächsten Reichstag verlangt werden. Damit wäre die Insinuation abgeschnitten worden, hielten wir es hier im Hause ohne Diäten nicht aus. Wohin würde es führen, wenn ich nun sagen wollte: viele von denen, die fehlen, ziehen ihr Mandat zum Provinziallandtage, wo sie Diäten bekommen, dem Mandat für den Reichstag vor, wo sie keine bekommen, obwohl sie für das erstere einen Stellvertreter haben. Das preußische Abgeordnetenhaus war mit der absoluten Majorität jederzeit beschlußfähig, das Herrenhaus dagegen ist mit $^1/_5$ seiner Mitglieder, das englische Parlament mit weniger als $^1/_{10}$ beschlußfähig. Die Ziffer zur Beschlußfähigkeit muß also, wo keine Diäten gewährt sind, tief herabgesetzt werden, so daß man mit Recht fragen kann: wenn so wenige zur Beschlußfähigkeit ausreichen, warum werden denn so Viele gewählt? Darum hört man auch schon von der Nothwendigkeit sprechen die Beschlußfähigkeit des Reichstages an eine geringere Ziffer zu knüpfen. Neue Gründe zur Sache vorzubringen vermag ich nicht und der Abg. Wagener, der selbst wirklich nur Aufgewärmtes vorgebracht hat, darf das nicht tadeln. Er verwechselt in seinem System der unentgeltlichen Ehrenämter durchweg die Commune mit dem Staat, und ist etwa die liberale Partei daran Schuld, wenn es mit dem Communalwesen nicht besser steht? Hat Herr Wagener die Legitimation diesen Vorwurf gegen sie zu erheben, er, der mit seinen Freunden unsere Reformbestrebungen beharrlich durchkreuzt hat? (Laute Zustimmung.) Wenn Herr Wagener meint, daß nach unserem Grundsatz eigentlich auch die Wähler bezahlt werden müßten, so ist das ein alter und sehr aufgewärmter Witz: ob er gut ist, überlasse ich Jedermanns Geschmack. Es ist doch klar, daß der Wähler für sich und seine Interessen thätig ist, der Abgeordnete aber für den Staat. Schließlich gebe ich zu erwägen, ob Herr Wagener der geeignete Mann ist, um einem Manne, wie Waldeck, vorzuwerfen, daß er von seiner eigenen Partei verlassen sei. (Anhaltende Heiterkeit.)

Die Discussion über § 1 des Waldeck'schen Antrages ist geschlossen.

Zu und gegen § 2 verlangt das Wort Abg. v. Wedemeyer: Sind denn 3 Thlr. eine Entschädigung für den, der täglich das Zehnfache versäumt? Darin liegt eben die Rechtsungleichheit, bei der Gewährung von Diäten. Darum lieber keine Diäten und kurze Sessionen! (Aha!) Hätten wir kürzere Sessionen, dann würde man jetzt nicht Anträge stellen, den Reichstag und die Landtage sorgfältig zu trennen. Ich traue dem Herrn Bundeskanzler alles nur Mögliche zu, aber Zeit kann er nicht schaffen. Diese ewige Tagerei, die unnütze Schwätzerei wird durch die Diätenlosigkeit todtgeschlagen. (Heiter.) Wen trifft sie? Nur das gebildete Proletariat, das heißt dasjenige, das Bildung, aber keine Praxis hat, um es zu einer unabhängigen Lebensstellung zu bringen, und daher das gefährlichste, weil in der Phantasie lebende Element darstellt. Reife, unabhängige Menschen gehören in die Vertretung, nicht grüne. Diäten, wenn schon einmal gezahlt, müßten aus der Kreis- und Communal-, nicht aus der Bundeskasse gezahlt werden, und es muß nicht verboten, sondern erlaubt sein, auf sie zu verzichten und die Ehre der unentgeltlichen Pflichterfüllung zu wahren. Und giebt es denn Diäten, die für den wahren und größten Verlust entschädigen können, für den Verlust an Zeit, für die Vernachlässigung der Erziehung der Kinder, die unser Aller größtes Glück sind und die leicht verderben können? Also verschonen Sie uns mit der Tyrannei des Geldzwanges!

Abg. Schulze (Berlin): Ich will zunächst nur constatiren, daß Herr Wagener und seine Partei immer das Wort Selbstverwaltung im Munde führen; sobald es sich aber einmal darum handelt, den Grund- und Baustein, der in der freien Gemeindeverwaltung liegt, zu legen, dann ist es vorbei. — Die Behauptung des Herrn Wagener, daß man durch die Forderung von Diäten sich auf den Standpunkt der Socialisten stelle, ist die wunderlichste, die ich jemals gehört habe. Das Princip der Leistung und Gegenleistung gehört gerade auf das sociale Gebiet, was ich stets geltend gemacht habe. Wenn aber Herr Wagener alle Leistungen unentgeltlich haben will, so möchte ich ihm vorschlagen, daß er doch auf sein Gehalt als Beamter verzichten möge. — Von einem wirklichen Honorar für die geleistete Arbeit ist doch übrigens bei den Diäten gar nicht die Rede; es ist dies höchstens eine Vergütigung für baare Auslagen. — Das Land ist, sollte ich meinen, aber sehr betheiligt daran, daß nicht, was der Vorredner will, materielle Opferfähigkeit, sondern geistige Leistungsfähigkeit für die Wahl der Abgeordneten maßgebend sei. (Beifall links.) Dem letzten Herrn Redner bin ich übrigens sehr dankbar für seine Ausführungen; wenn wir heute hier wirklich durchdringen, so haben wir es wohl gerade den letzten Aeußerungen hauptsächlich mit zu verdanken. Mit Diäten, fürchtet der Herr Vorredner, dauern die Verhandlungen zu lange; ohne Diäten aber geht es so recht hübsch flott weg. (Große Heiterkeit). Dieser Herr sprach auch von Schwätzereien hier im Hause; nun in dieser Hinsicht mag ich ihn nicht widerlegen. (Heiterkeit.) Wir meinen allerdings, daß mit dem bloßen Redehalten die Wirksamkeit eines Abgeordneten nicht erschöpft ist, sondern daß ein tüchtiger Abgeordneter mehr zu thun hat. Wenn der Herr Vorredner nun seine Thätigkeit so gering schätzt, daß er einen solchen Ausdruck dafür brauchen kann, so ist das ein subjectiver Standpunkt, den er aber doch wenigstens Niemandem anders vorwerfen darf. (Große Heiterkeit.)

Wir sollen also rasch mit unserer Aufgabe fertig werden. Nun, ich meine, daß auch die, welche Diäten haben, nicht gern sehr lange hier sitzen; denn die Diäten sind wahrlich keine hinreichende Entschädigung dafür; ich wenigstens habe auch sonst noch Manches zu thun, so daß ich die Zeit sehr wohl zu schätzen weiß, und sie nicht gern durch unnütze Verhandlungen absorbire. Wenn nun aber, wie der Herr Vorredner als erstes und einziges Prinzip hinstellt, möglichst schnell mit Allem fertig zu werden, so möchte ich denn doch bestreiten, daß dies im Interesse des Volkes liege. (Beifall.) Ich dächte, die Erfahrung hätte dies schon gezeigt, daß die zu große Eile bei den parlamentarischen Verhandlungen nicht im Interesse des Landes und Volkes liegt. Der Herr Vorredner scheint mir nach alledem mehr für, als gegen die Diäten gesprochen zu haben. (Lebhafter Beifall.)

Bundeskanzler Graf Bismarck: Ich will mich enthalten, auf die Gründe für oder gegen Diäten von Neuem einzugehen; wir finden das Alles sehr viel reichlicher, wenn wir die Verhandlungen noch einmal durchlesen, die vorgestern vor einem Jahre hier geschlossen wurden, wo das Alles eben so gut und mit eben so viel Wärme gesagt ist, wie wir es heute wieder gehört haben. Ich enthalte mich, darauf einzugehen, obwohl ich es vom Standpunkte eines Ministers, respektive Bundeskanzlers, für einen durchaus nicht geringen Gewinn anschlagen kann, wenn Zeit gewonnen wird dadurch, daß die Zahl der akademischen Vorträge hier von der Tribüne herab vermindert wird. Wenn Zeit gewonnen wird, so ist auch die Anzahl derer größer, die überhaupt hierher zu kommen vermögen und sie beschränkt sich nicht auf Diejenigen, die zu Hause wenig zu thun haben.

Die Leichtigkeit, Abgeordneter werden zu können, steht dann nicht mehr im umgekehrten Verhältniß zu der Zeiterforderniß des Berufes, und das ist für mich ein erheblicher Gewinn. Ich will nur darauf aufmerksam machen: welchen Eindruck soll es bei den verbündeten Regierungen machen, wenn das in mühsamen Compromissen Erreichte wieder in Frage gestellt wird? Denn die Verfassung ist ein Compromiß. Sie haben nachgegeben, wir haben nachgegeben, und nun wollen Sie das, was Sie nachgegeben haben, wieder zurückziehen? Was würde es bei Ihnen für einen Eindruck machen, wenn die Regierungen jetzt mit Anträgen kämen im Sinne der Verstärkung der Regierungsmacht, wenn wir z. B. nachträglich vorschlügen, die Dauer des eisernen Budgets zu verlängern, oder die Redefreiheit der Abgeordneten zu beschränken? Würden Sie nicht sagen, daß die Regierungen an dem kaum vollendeten Werke zu rütteln anfangen? Vor diesem Rütteln warne ich Sie in unser aller Interesse, die Wurzeln des Bundes sind noch nicht so stark gewachsen, um das ertragen zu können. Thun Sie das doch, beginnen Sie die kaum geschlossenen Compromisse Ihrerseits wieder aufzuheben, dann sage ich, Sie sind für die constitutionelle Politik nicht reif, denn sie besteht aus einer Reihe von Compromissen.

Der Schluß der Debatte wird angenommen.

Als Antragsteller erhält noch das Wort

Abg. Dr. Waldeck: Herr Wagener hat mir vorgeworfen, daß ich keine neuen Gründe vorgebracht. Dies scheint mir gerade ein Vorzug für die Sache zu sein, die ich vertrete. Sie ist so gut, daß neue Gründe vorzubringen nicht nöthig ist. — Der Vorwurf des Bundeskanzlers, daß wir mit unserem Antrage das Compromiß des vorigen Jahres gebrochen hätten, trifft gar nicht zu. Brechen wir denn die Verfassung, wenn wir einen Verbesserungsvorschlag machen? Wenn man einen Verbesserungsvorschlag macht, erkennt man ja gerade das Bestehende an; es ist ja Sache des Bundesraths, ob er darauf eingehen will. Die englischen Verhältnisse, welche von den Gegnern der Diäten vorgebracht worden sind, passen für uns gar nicht; und in Italien hat man mit der Diätenlosigkeit schon so traurige Erfahrungen gemacht, daß man unmöglich noch lange dabei bleiben kann.

Es ist in der That eine sonderbare Idee, die einige der Vorredner ausgesprochen, daß der Werth und die Würde eines Mannes davon abhängen sollen, daß er so viel Geld habe, um in der Residenz leben zu können. — Was nun die Ausfälle des Abg. Wagener gegen meine Person betrifft, so haben sie wohl mit der vorliegenden Frage wenig zu thun. Man habe, meint er, mich in Süddeutschland der Führerschaft entkleidet ꝛc. Ich weiß von keiner Führerschaft, am wenigsten in Süddeutschland. Die süddeutschen Radikalen und Demokraten haben keine Sympathien für unser Regiment, weil sie es für feudal und absolut halten. Das kann ich ihnen nicht verdenken, denn dieser Tadel ist begründet. — Was werfen sie nun aber uns vor? daß wir dessenungeachtet für den preußischen Staat und für den Norddeutschen Bund sind, und diesen wo möglich auf Süddeutschland ausdehnen wollen. Daß wir zunächst den Staat wollen, im Staate aber auch die Freiheit. Was kann man denn gegen eine solche Stellung wohl einwenden? Weil die gegenwärtige Regierung nicht auf dem Standpunkte der liberalen Idee steht; sonst wäre es wohl unmöglich, etwas dazu zu sagen. — Es ist richtig, sie hat es nie gethan; sie hat sich nur dazu bequemen müssen durch gewisse äußere Verhältnisse gedrängt; aber in der Gemeinde und bei den Grundrechten hält sie alle liberalen Grundsätze zurück. Wenn dies gegeben würde, so bin ich fest überzeugt, daß in Süddeutschland der preußische Staat ganz anderen Anklang finden würde. (Eine Stimme von rechts ruft: „Sonderbarer Schwärmer!") Ich kann dabei wahrlich nichts Sonderbares finden; oder glauben Sie etwa, daß das Land, welches Hegel und Schiller erzeugt hat, auf einem niedrigeren Standpunkte der Intelligenz steht, als wir?

Ich bin fest überzeugt, daß, wenn bei uns die liberale Idee mehr zum Durchbruch käme, die Trennung von Süddeutschland nach und nach verschwinden würde. — Der Herr Bundeskanzler hat es ja selbst in einer früheren Debatte angedeutet, daß die Fürsten nicht die Vereinigung wollen; und die jetzigen ruhigen Zeiten beweisen dies. Aber das Volk will sie; dies schleudern wir aber von uns, wenn wir von ihm verlangen, daß es mit der Einheit die Freiheit aufgeben soll. — Was man in dieser Beziehung gegen uns hier (auf die Fortschrittspartei deutend) sagt, können wir ruhig ertragen, da unser Streben so klar liegt, daß kein Makel daran zu finden ist. — Die trivialen Vorwürfe, welche uns in diesem Hause aber wegen unseres Antrags auf Diäten gemacht sind, sind wohl nicht erst der Beachtung werth. — Ich meine jedoch, daß die Herren durch die Verweigerung der Diäten gerade etwas erreichen, was sie verhüten wollen. Die Folge der Diätenlosigkeit ist nämlich, daß verhältnißmäßig immer mehr Abgeordnete gewählt werden, die in Berlin wohnen. Wenn Sie, wie es scheint es für einen Vorzug halten, daß jeder Kreis womöglich einen Abgeordneten aus seiner Mitte wähle, so müssen Sie erst recht Diäten bewilligen. — Möge die heutige Abstimmung ausfallen, wie sie wolle, ich bin fest überzeugt, daß auf die Dauer die Diätenlosigkeit nicht beibehalten werden kann, und auch der Bundesrath bald in die Nothwendigkeit versetzt werden wird, der Bewilligung von Diäten zuzustimmen. (Beifalls links.)

Bundeskanzler Graf Bismarck (zur persönlichen Bemerkung): Der Herr Vorredner hat einer früheren Aeußerung von mir, daß die süddeutschen Souveräne dem Anschlusse an den norddeutschen Bund nicht sehr geneigt wären, die Deutung gegeben, als ob die süddeutsche Bevölkerung geneigter

wäre, und hat dann gefolgert, daß diese Geneigtheit wachsen würde mit einem liberaleren Regiment in Preußen; diese Voraussetzung ist aber eine irrige. Weshalb wollen denn jetzt die Süddeutschen nicht zu uns kommen? Nicht etwa, weil wir nicht liberal genug sind, sondern weil wir ihnen zu liberal sind. (Allgemeines Gelächter auf der linken Seite.) Sie lachen meine Herren, die Thatsachen sprechen aber für mich. Der liberalste Staat gerade, das Großherzogthum Baden, will sich uns anschließen; die es nicht wollen, sind die reactionäre Partei. (Gelächter.) Die jüngsten Wahlen in Süddeutschland haben dies bewiesen. (Erneute Heiterkeit links.) Sie können sich gar nicht denken, m. H., mit welcher inneren Heiterkeit ich Ihre Heiterkeit erwiedere, über die große Unwissenheit, die Sie dadurch zeigen in Betreff der bekanntesten Thatsachen. (Wachsende Heiterkeit.) Wenn wir aber den Süddeutschen einige Concessionen in reactionärer Richtung machen wollten, vielleicht durch Förderung eines Instituts von der Art, wie es jetzt in Oesterreich zum Wanken gebracht worden ist, und das wäre doch wohl eine reactionäre Concession, dann würden wir vielleicht dort die Majorität für den Anschluß gewinnen. (Gelächter links.) Ich lasse dabei ganz unentschieden, ob es überhaupt ein Vorzug ist, liberal zu sein. Das scheint mir aber sicher, daß Süddeutschland an Liberalismus, ich will nicht sagen, um ein Menschenalter, aber doch um die Zeit der Julirevolution gegen uns zurück ist. (Gelächter links; Beifall rechts.)

Abg. Waldeck: Wenn ich vom süddeutschen Volke sprach, so habe ich nicht gesprochen von der reactionären Partei, die dort so gut vertreten ist wie hier, sondern von der liberalen Partei; die denn doch etwas zahlreicher ist, als der Herr Bundeskanzler es zu wissen scheint.

Abg. Frhr. zur Rabenau: Ich bitte um das Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

Präsident Simson: Ich kann das Wort Ihnen nicht geben, da Ihr Name in der Debatte nicht genannt ist.

Abg. Frhr. v. Rabenau: Es ist hier häufig speciell von den Süddeutschen gesprochen worden, und ich möchte in dieser Beziehung mich gegen einige Aeußerungen wahren.

Präsident Simson verbleibt bei seiner Weigerung; Abg. v. Rabenau beruhigt sich dabei.

Der Antrag des Abg. Waldeck wird in namentlicher Abstimmung mit 97 gegen 92 Stimmen abgelehnt. Nach diesem Ausgange der Vorberathung findet eine Schlußberathung nicht mehr statt. Die Abgeordneten, von denen ⅓ fehlt, stimmen genau so wie vor einem Jahre: mit Ja die Linke und der größte Theil der Nationalliberalen, mit Nein die conservativen Fractionen und die Altliberalen.

Für den Antrag stimmen u. A. Präsident Simson, Windthorst, Reichensperger, Stavenhagen (Halle), Pogge, v. Kleinsorgen, Dr. Schleiden, Kantak, Dr. Hüffer. — Gegen ihn von Bernuth, beide Camphausen, beide v. Vincke, Prinz Albrecht, Dr. Braun (Wiesbaden), v. d. Heydt, Dr. Strousberg, von Patow, v. Savigny, v. Rabenau, Meier (Bremen), Graf zu Münster, von Bethmann-Hollweg.

Schluß 3¼ Uhr. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (T. O.: Schlußberathung über den Gesetz-Entwurf, betreffend die Ersatz-Reserven, die 4 Postverträge, den Antrag v. Rabenau über das gleichzeitige Tagen des Reichstages und der Landtage und Vorberathung des Antrags Lasker.)

Berlin, 2. April. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den nachbenannten Personen Orden und Ehrenzeichen verliehen, und zwar: **Den rothen Adlerorden 4. Klasse**: Dem Kämmerer Lieber zu Wriezen a. O. **Den königlichen Kronenorden 4. Klasse**: Dem Wund-Arzt 1. Klasse Haber zu Gleiwitz, sowie **das allgemeine Ehrenzeichen**: Dem Kantor und Schullehrer Laessig zu Droyßig im Kreise Weißenfels, dem Küster und emeritirten Schullehrer Schmelzer zu Liebenwalde im Kreise Niederbarnim, dem Heildiener und Stellenbesitzer Johann Scheffel zu Alt-Heyde im Kreise Glatz, und dem Glöckner und Kirchvater Reichelt zu Giehren im Kreise Löwenberg.

Se. Maj. der König hat dem ehemaligen königlich baierischen Geschäftsträger in Berlin, Freiherrn v. Gasser, den rothen Adler-Orden zweiter Klasse und dem Regierungs-Rath Rust zu Magdeburg den Charakter als Geheimer Regierungs-Rath verliehen; den Ober-Staatsanwalt Brohm in Halberstadt unter Beibehaltung seines bisherigen Ranges zum Rath bei dem Appellationsgericht in Stettin; den Gymnasial-Director Dr. Lahmeier in Lingen zum Director des Andreas-Gymnasiums in Hildesheim, den ersten Oberlehrer am Gymnasium in Bromberg, Professor Breda, den Prorector des Gymnasiums in Rastenburg, Professor Polte, den Oberlehrer am Gymnasium in Halberstadt, Professor Dr. Passow und den Gymnasiallehrer Dr. Eysell in Rinteln zu Gymnasial-Directoren ernannt und den Wahlen des Gymnasial-Directors Thiel in Luckau zum Director des neu zu errichtenden Gymnasiums in Cüstrin, des Gymnasial-Prorectors Dr. Jahn zu Königsberg in der Neumark zum Director des Gymnasiums in Luckau, des Rectors Rhode am Progymnasium zu Mörs zum Director des Gymnasiums in Wittenberg, des Professors Dr. Rasemann, Oberlehrers an der Realschule der Franckeschen Stiftungen in Halle, zum Director des neuen städtischen Gymnasiums daselbst, des Gymnasial-Oberlehrers Dr. Schmieder in Barmen zum Director des Gymnasiums und der mit demselben verbundenen Realschule in Colberg, des Realschul-Oberlehrers Dr. Laubert in Barmen zum Director der Realschule in Grünberg und des Realschul-Oberlehrers Dr. Gruhl in Hagen zum Director der Realschule in Mühlheim an der Ruhr die allerhöchste Bestätigung ertheilt; den Steuer-Revisoren Heumann und Görte zu Verden, so wie den Steuer-Einnehmern Wittenberg zu Melle und Halle zu Hitzacker bei ihrem Uebertritt in den Ruhestand den Charakter als Rechnungs-Rath verliehen.

Seine Majestät der König hat im Namen des Norddeutschen Bundes den bisherigen königlich preußischen Consul F. W. Hepner zu Amsterdam zum General-Consul, sowie die bisherigen preußischen Consuln J. W. Bunge zu Rotterdam und L. de Groof zu Vlissingen, ferner die Kaufleute A. Bauer zu Batavia und L. v. Abercron zu Macassar (Insel Celebes) zu Consuln des Norddeutschen Bundes ernannt.

Den Maschinen-Fabrikanten A. Münnich u. Comp. in Chemnitz ist unter dem 28. März 1868 ein Patent auf eine Eisbereitungsmaschine auf fünf Jahre ertheilt worden.

Der Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Karsten in Waldenburg ist zum Rechtsanwalt bei dem Ober-Tribunal mit Anweisung seines Wohnsitzes in Berlin ernannt, und der Rechtsanwalt Dr. Bohlmann bei dem Ober-Appellationsgericht hierselbst in gleicher Eigenschaft an das Ober-Tribunal versetzt worden. — Der Geheime Regierungs-Rath Rust aus Magdeburg ist zum Dirigenten des Hauptamts für directe Steuern in Berlin ernannt worden. (St.-Anz.)

Königsberg i. Pr., 31. März. [Beschlagnahme.] Die Nr. 95 der „Königsberger Neuen Zeitung" ist mit Beschlag belegt. (Bekanntlich geht das Blatt heute ein. Sein Schwanengesang verhallt also im Bureau der Staatsanwaltschaft.)

Hamburg, 2. April. [Die Bürgerschaft] hat gestern Abend den vom Senate eingebrachten dringlichen Antrag, betreffend die durch die Verhandlungen mit dem Zollverein nothwendig gewordene Begrenzung des hamburgischen Freihafengebiets, definitiv angenommen. Gleichfalls genehmigte die Bürgerschaft die Ratification des mit Preußen abgeschlossenen Vertrages, betreffend den Bau der Venloo-Hamburger Eisenbahn.

Frankfurt a. M., 2. April. [Anklage.] Die gegen das langjährige Mitglied des Ausschusses des Nationalvereins, Dr. Siegmund Müller, wegen einer Rede im demokratischen Wahlverein eingeleitete Untersuchung wurde heute auf Beschluß der Anklagekammer zurückgewiesen.

Oesterreich.

Wien, 2. April. [Herr v. Beust und der Papst. — Handelsvertrag.] Die Angaben verschiedener Journale über eine vertrauliche Note des Herrn v. Beust an die Vertreter Oesterreichs im Auslande, worin angeblich eine fernere Unterstützung des Papstthums abseiten Oesterreichs verheißen worden wäre, werden von den heutigen Morgenblättern dahin rectificirt, daß die neuerdings entsandte österreichische Circulardepesche einfach den Zweck gehabt hätte, die Volksdemonstrationen vom 21. März, welche durch das Votum des Herrenhauses über das Ehegesetz veranlaßt waren, vor fälschenden und entstellenden Auslegungen zu bewahren. — Das Abgeordnetenhaus nahm in seiner gestrigen Nachtsitzung den Gesetzentwurf, betreffend die politische Organisation der Verwaltungsbehörden, unverändert an. — Vorgestern sind die Unterhandlungen, betreffend den Handelsvertrag mit England, wieder aufgenommen worden; dieselben werden seitens Englands durch Lord Bloomfield und Mallet geführt. — Ein die Regierungsvorlage, betreffend den Zoll- und Handelsvertrag mit den deutschen Staaten, begleitendes Promemoria spricht sich folgendermaßen aus: Die kaiserliche Regierung war niemals darüber zweifelhaft, daß die politische Trennung Oesterreichs von Deutschland eine Entfremdung in den wirthschaftlichen Beziehungen nicht zur Folge haben dürfe, daß vielmehr alle Interessen der Monarchie darauf hinweisen, die ökonomische Verbindung mit den deutschen Handelsgebieten zu befestigen und zu vervielfältigen.

Breslau, 3. April. Angekommen: v. Massow, General-Major nebst Frau, aus Neisse. Se. Durchl. Hans Heinrich XI., Fürst v. Pleß, Graf zu Hochberg-Fürstenstein, aus Pleß. (Int.-Bl.)

(Notizen aus der Provinz.) * Görlitz. Wie die „Niederschl. Ztg." meldet, ist festgestellt, daß der Locomotivführer, welcher an dem Unglücke auf der Löbau-Zittauer Eisenbahn Schuld sein soll und dieserhalb verhaftet worden ist, betrunken gewesen. Derselbe ist merkwürdiger Weise ohne Verletzung davon gekommen. Dagegen bestätigt es sich, daß eine Frau getödtet worden ist, welche sich bei einer Kuh in einem angehängten Viehwagen befand. Unter den zahlreichen Verletzungen befinden sich 7 schwere. Einem Fleischermeister wurden beide Beine abgequetscht.

† Liegnitz. Das „Stadtbl." meldet: Am 30. März ist im Liegnitzer Stadtforst, Hinterhaide, ein Steinadler geschossen worden, welcher in der Flügelbreite 7 Fuß mißt. Das sich sehr heftig zur Wehr setzende, durch beide Flügel geschossene Thier mußte von dem betreffenden Schützen an Ort und Stelle getödtet werden.

[Breslauer Börse vom 3. April.] Schluß-Course. (1 Uhr Nachm.) Russ. Papiergeld 83⅞—⅝ bez. Oesterr. Banknoten 88⅓—⅛ bez. Schles. Rentenbriefe 91⅓—⅜ bez. u. Br. Schles. Pfandbriefe 83⅛ Br. Oesterr. National-Anleihe 55⅜ Br. Freiburger 119¾ Br. Neisse-Brieger — —. Oberschlesische Litt. A. und C. 187½ Br. Wilhelmsbahn 86 Br. Oppeln-Tarnowitzer 77⅝ Br. Oesterr. Creditbank-Actien 83 Gld. Schles. Bank-Verein 112 Br. 1860er Loose 72¼ Br. Amerikaner 75⅞—76 bez. Warschau-Wiener 59⅛ Br. Minerva 36⅞ Br. Baier. Anleihe —. Italiener 49⅛ bez.

Breslau, 3. April. Preise der Cerealien.

Festsetzungen der polizeilichen Commission pr. Scheffel in Silbergroschen.

	fein	mittel	ordin.		fein	mittel	ordin.
Weizen, weißer	121—123	118	108—112	Gerste	63—65	60	55—58
do. gelber,	120—122	116	108—112	Hafer	40—41	39	37—38
Roggen, schles.	88—89	87	86	Erbsen	76—78	73	68—70
do. fremder	84—85	83	80—82				

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Commission zur Feststellung der Marktpreise von **Raps und Rübsen**.

Raps	196	186	176	pr. 150 Pfd. Brutto in Sgr.
Winterrübsen	185	175	165	
Sommerrübsen	170	160	150	
Dotter	164	154	144	

Loco- (Kartoffel-) Spiritus pr. 100 Qrt. bei 80% Tralles 19 Br., 18¾ Gld.

Officiell gekündigt: — Ctr. Weizen. 6000 Ctr. Roggen. — Ctr. Leinöl. 200 Ctr. Rüböl. 40,000 Qrt. Spiritus. — Ctr. Leinkuchen. 1000 Ctr. Hafer.

Breslau, 3. April. [Wasserstand.] O.-P. 17 F. 5 Z. U.-P. 5 F. 2 Z.

Telegraphische Depeschen

aus dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau.

Brüssel, 2. April. Der Senat genehmigte in seiner heutigen Sitzung mit erheblicher Majorität die Gesetzentwürfe, betreffend die Reorganisation der Armee.

Paris, 1. April. Die Nachrichten aus den Provinzen melden noch von vereinzelten Agitationen. In Marseille sind aufrührerische Plakate angeschlagen und von der Polizei entfernt worden. In Rheims hat in mehreren Fabriken eine Arbeitseinstellung stattgefunden. Thätliche Conflicte sind nicht vorgefallen.

Die Fürstin Josephine von Hohenzollern, Mutter des Fürsten Carl von Rumänien, verweilt gegenwärtig in Paris.

Genf, 2. April. Die Patrone und Arbeiter haben den Präsidenten des Staatsraths Camperio zum Abschluß eines Verleiches ermächtigt; es ist daher alle Aussicht auf Beendigung des Arbeiterconflictes vorhanden.

London, 2. April. Im Unterhause sagte heute der Staatssecretär für Indien Northcote in Erwiderung auf eine Interpellation des Mr. Fawcett, daß Sir Robert Napier Ende März das Lager des Königs Theodorus zu erreichen hoffe und daß voraussichtlich eine entscheidende Nachricht über das Resultat der Expedition innerhalb dreier Wochen bei der Regierung eintreffen werde. (T. B. f. N.)

Brüssel, 1. April. Die Regierung wurde heute wegen ihrer Haltung gegenüber den Arbeiterunruhen im Hennegau interpellirt. Der Minister des Innern entgegnete, daß die beklagenswerthen Vorfälle nur die Folge unerbittlicher Nothwendigkeit während der Emeute gewesen. Die Präventivmaßregeln, wie Verhaftungen mehrerer als Führer verdächtiger Individuen, hätten als energische Acte der Ausbreitung der Unruhen gesteuert. Der Minister räumte 10 Todesfälle ein. Damit endete der Zwischenfall. (T. B. f. N.)

Kopenhagen, 1. April, Abends. „Berlingske Tidende" erwidert auf die Mittheilung der „Weser-Zeitung", Dänemark habe seinen Eintritt in den norddeutschen Bund gegen Herausgabe von Schleswig, oder eine Grenzenbestimmung nach dem Sprachenrescript von 1847 proponirt, daß Ursache vorhanden sei, dieselbe als unbegründet zu betrachten. (T. B. f. N.)

New-York, 1. April. Der Oberrichter Chase, welcher in dem Processe gegen Johnson präsidirt, hat nun auch richterliche Gewalt für diese specielle Verhandlung beansprucht. Das Anklage-Comite, sowie mehrere Mitglieder des Senats haben sich gegen ein solches Verfahren erklärt, der Senat im Allgemeinen pflichtet jedoch Chase bei. (T. B. f. N.)

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Wolff's Telegraphisches Bureau.)

Paris, 2. April, Nachm. 3 Uhr. Flau und unbelebt. Consols von Mittags 1 Uhr waren 93⅛ gemeldet. Schluß-Course: 3proc. Rente 69, 35. Italienische 5proc. Rente 49, 70. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Actien 548, 75. Credit-Mobil.-Actien 271, 25. Lombard. Eisenb.-Actien 377, 50. Oesterr. Anleihe von 1865 pr. cpt. 342, 50. 6proc. Verein.-Staaten-Anleihe pr. 1882 (ungest.) 81⅝.

Paris, 2. April, Abends. Liquidations-Course: Italiener 49, 75. Mobilier 270. Lombarden 377, 50. Staatsbahn 547.

Paris 2. April, Nachmittags 2 Uhr. [Bankausweis.] Vermehrt: Notenumlauf um 29, Vorschüsse auf Werthpapiere um ⅔ Mill. Francs. Vermindert: Baarvorrath um 17⅓, vermehrt: Portefeuille um 21⅛, Guthaben des Staatsschatzes um 6⅝, laufende Rechnungen der Privaten um 19 Millionen Francs.

London, 2. April, Nachmittags 4 Uhr. Schluß-Course: Metalliques von 1859 64. Consols 93⅛. 1proc. Spanier 35 15/16. Italien. 5proc. Rente 49 11/16. Lombarden 15 1/16. Mexicaner 15 15/16. 5proc. Russen 83½. Neue Russen 85. Silber 60⅝ bez. Türk. Anleihe von 1865 34 9/16. 6proc. Verein. Staaten-Anleihe 72 7/16.

London, 2. April, Abends. [Bankausweis.] Notenumlauf 24,167,805 (Zunahme 832,940), Baarvorrath 21,104,112 (Abnahme 333,971), Notenreserve 10,767,490 (Abnahme 997,450) Pfd. Sterl.

Die Fondsbörse schloß flauer.

Der Dampfer „Oneida" ist aus Brasilien in Lissabon eingetroffen.

Odessa, 2. April, Nachmittags. Wechselcours auf London 7, 28. Wechselcours auf Marseille 346.

Frankfurt a. M., 2. April, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Wiener Wechsel 102¾. Oesterr. National-Anl. 53⅞. 6% Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 75. Hessische Ludwigsbahn 132½. Baierische Prämien-Anleihe 98⅞. 1854er Loose 64. 1860er Loose 72¼. 1864er Loose 88¾. Aeußerst geschäftslos. Nach Schluß der Börse: Credit-Actien 193¾, Staatsbahn 257¼.

Frankfurt a. M., 2. April, Abends. [Effecten-Societät.] Amerikaner 75⅛. Credit-Actien 193⅞. Steuerfreie Anleihe 50¾. 1860er Loose 72. 1864er Loose —. Nationalanleihe 53¾. 5proc. Oesterr. National-Anleihe von 1859 63⅝. Staatsbahn 257¼. Beschränkt.

Wien, 2. April, Abends. [Abend-Börse.] Credit-Actien 183, —. Nordbahn —, —. Galizier 204, 25. Steuerfreies Anlehen —. —. Lombarden 170, 10. Staatsbahn 250, 30. 1860er Loose 82, —. 1864er Loose 85, 20. Napoleonsd'or 9, 24½. Geschäftslos.

Hamburg, 2. April, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Hamburger Staats-Prämien-Anleihe 85½. National-Anleihe 54¾. Oesterr. Credit-Actien 82½. Oesterreichische 1860er Loose 71½. Staatsbahn 540½. Lombarden 367. Italienische Rente 48¾. Vereinsbank 111. Norddeutsche Bank 119¼. Rhein. Bahn 117⅞. Nordbahn 96. Altona-Kiel 117½. Finnländische Anleihe 80. 1864er Russische Prämien-Anleihe 101¾. 1866er Russische Prämien-Anleihe 99. 6proc. Verein. St.-Anleihe pr. 1882 68½. Disconto 2¼ pCt. — Anfangs sehr angenehm, dann durch Berliner Notirungen gedrückt.

Hamburg, 2. April, Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen sehr geschäftslos. Weizen pr. April 5400 Pfd. netto 179 Bancothaler Br., 178 Gld., pr. Frühjahr 178½ Br., 178 Gld., pr. Juli-August 176 Br. u. Gld. Roggen per April 5000 Pfd. Brutto 132½ Br., 131½ Gld., pr. Frühjahr 131½ Br., 131 Gld., pr. Juli-August 119 Br., 118 Gld. Rüböl flau, loco 22¾, pr. Mai 22¾, per October 23⅝. Spiritus ohne Kauflust. Kaffee fest. Zink sehr stille. — Sehr schönes Wetter.

Liverpool, 2. April, Mittags. Baumwolle: 15,000 Ballen Umsatz. Fest. New-Orleans 11⅞. Georgia 11⅝. Fair Dhollerah 10½. Middling fair Dhollerah 10. Good middling Dhollerah —. Bengal 9. Good fair Bengal —. Fine Bengal —. New fair Oomra —. Good fair Oomra 10½. Pernam 12. Egyptische 12½. Smyrna —. Orleans schwimmend 12. Savannah —. Schwimmende Mobile —. Schwimmende Amerikaner —. Oomra Märzverschiffung —.

New-York, 2. April, Abends 6 Uhr. (Per atlant. Kabel.) Wechsel auf London in Gold 109⅝. Gold-Agio 37¾. Bonds 1882er 109⅜. Bonds 1885er 107⅞. Bonds 1904er 100½. Illinois 137. Eriebahn 74⅝. Baumwolle 28. Petroleum raff., Type weiß. 25½. Mehl 10 D. 50 C. Terpentinöl 40.

Antwerpen, 2. April, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Petroleum-Markt. (Schluß-Bericht.) Behauptet. Raffinirtes, Type weiß, loco 44½ bis 45 bez., 45 gefordert.

Paris, 2. April, Nachmittags. Rüböl, pr. April 98, 00, pr. Juli-August 93, 00, pr. September-December 93, 00. Mehl pr. April 91, 75, pr Mai-Juni 90, 50 matt. Spiritus pr. April 79, 50.

Badische 35 Fl.-Loose von 1845. Bei der am 31. März stattgehabten Prämien-Verloosung fielen auf folgende Loose die beigesetzten Gewinne: à 40,000 Fl. Nr. 42,457. à 10,000 Fl. Nr. 41,127. à 4000 Fl. Nr. 147,996. à 2000 Fl. Nr. 27,534. 95,424. 309,896. 324,747. 379,530 und 379,896. à 1000 Fl. Nr. 6240. 19,751. 22,287. 76,[illegible]00. 104,058. 104,091. 114,751. 144,575. 155,805. 180,092. 324,744 und 349,038. Die Auszahlung erfolgt am 1. October d. J.

Berliner Börse vom 2. April 1868.

Fonds und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anl.	4½	96 G.
Staats-Anl. von 1859	5	103¾ B.
dito 1854.55	4½	95¾ G.
dito 1857.59	4½	95⅝ bz.
dito 1856	4½	95⅞ bz.
dito 1864	4½	95⅝ bz.
dito 1867	4½	95⅝ bz.
dito 1850/52	4	89⅜ bz
dito 1853	4	89⅜ b.
dito 1862	4	89⅜ bz.
Staats-Schuldscheine	3½	83⅞ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	116¾ bz.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	96½ G.
Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk.	3½	76⅛ bz
Pommersche	3½	75¾ bz.
Posensche	4	— — —
dito	3½	— — —
dito neue	4	85½ bz.
Schlesische	3½	82⅞ G.
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	91 bz.
Pommersche	4	90⅝ bz
Posensche	4	89¼ bz. u. G.
Preussische	4	88¾ bz
Westph. u. Rhein.	4	92¼ B.
Sächsische	4	92¾ bz.
Schlesische	4	91 G.
Louisd'or 11[illegible]½ G.	Oest. Bk.	88½ bz
Goldk. 9. 11½ G.	Russ. Bkn.	83⅞ bz.

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metalliques	5	50 bz.
dito Nat.-Anl.	5	55¼ bz. u. G.
dito Lot.-A. v. 60	5	72⅜ bz.
dito dito 64	—	59½ bz.
dito 54er Pr.-A.	4	66 G.
dito Eisenb.-L.	—	76½ B.
Ital. neue 5proc. Anl.	5	49⅞ à ¾ à ⅞ bz.
Russ.-Engl. Anl. 1862	5	83⅜ bz.
dito Poln.-Sch.-Obl.	4	66 bz.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	61 B.
dito Liqu.-Pfandbr.	4	51½ bz. u. G.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	96¾ G.
dito à 300 Fl.	5	91½ bz
Kurhess. 40 Thlr. Obl.	—	55¾ bz.
Baden. 35 Fl. Loose	—	29¾ bz.
Amerikan. St.-Anl.	6	75⅞ bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märkische	4½	95¾ G.
dito II.	4½	94½ bz.
dito IV.	4½	92½ B
dito III. v. St. 3½ g.	3½	77½ bz
Cöln-Minden	4½	93 G.
dito II.	5	102¾ B.
dito	4	84¼ G.
dito III.	4	83¼ bz.
dito	4½	93½ bz.
dito IV.	4	83⅛ bz.
dito V.	4	83 G.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4	81¾ G.
dito III. Em.	4½	— — —
dito IV. Em.	4½	87 B.
Gal. Ludwigsb.	5	81¼ G.
Niederschl.-Märk.	4	88 B.
dito conv.	4	88 B.
dito III.	4	85½ G.
dito IV.	4½	— — —
Ndschl. Zweigb. L. C.	5	100¼ B.
Oberschles. A.	4	— —
dito B.	3½	78 B.
dito C.	4	— — —
dito D.	4	— — —
dito E.	3½	77¾ G.
dito F.	4½	93¼ G.
dito G.	4½	92¼ [illegible]
Oesterr.-Franz.	3	255½ bz.
Oesterr. südl. St.-B.	3	214 z.
Rhein. v. St. gar.	4½	— — —
Rhein-Nahe-B. gar.	4½	93¼ G.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1866.	1867.		
Aachen-Mastrich	—	—	4	40 à 41 à 40 bz.
Amsterd. Rottd.	4¾	—	4	101½ bz.
Berg.-Märkische	8	—	4	133⅓ bz.
Berlin-Anhalt	13¼	—	4	212 bz
Berlin-Görlitz	—	—	4	76 à 77 bz.
dito St.-Prior.	—	—	4	94½ bz.
Berlin-Hamburg	9	9½	4	166 bz.
Berl.-Potsd.-Mgd.	16	—	4	192½ bz.
Berlin-Stettin	8 7/12	—	4	138 bz. u. B.
Böhm.-Westb.	5	—	5	64 bz. u. G.
Breslau-Freib.	9⅛		4	119¾ B.
Cöln-Minden	9		4	135½ bz.
Cosel-Oderberg	2⅛	—	4	86 à 85¾ bz.
dito St.-Prior.	4½		4½	88½ bz.
dito dito	5	—	5	92 bz. u. G.
Galiz. Ludwigsb.	—	—	5	90 bz.
Ludwgsh. Bexb.	10⅔	9⅖	4	150 B.
Magd.-Halberst.	—	—	4	166¼ bz.
Magd.-Leipzig	—	—	4	[illegible] bz. u. B.
Mainz-Ludwgsh.	—		4	128¾ [illegible] u. G.
Mecklenburger	3	—	4	75½ bz
Neisse-Brieger	—	—	4	93¾ B
Niedrschl.-Märk.	4	—	4	88¾ G.
Niedrschl. Zwgb.	5		4	73¾ bz. u. G.
Nordbahn, Hess.	—	—	4	— — —
Oberschl. A.	12	—	3½	187 bz.
dito B.	12	—	3½	165 bz
dito C.	12	—	3½	187 bz.
Oest.-Fr. St.-B.	—		5	147½ à 46¾ à 47 bz.
Oestr. südl. St.-B.	—	—	5	99¾ [illegible]
Oppeln-Tarnow.	—	—	5	77½ bz.
R. Oderuf.-St.-A.	—	—	5	77¾ et. bz. u. B.
R. Oderuf.-St.-Pr.	—	—	5	91¼ bz. u. B.
Rheinische	—	—	4	119⅛ bz.
dito Stamm-Pr.	—	—	4	— — —
Rhein-Nahebahn	0	—	4	30½ à 31 bz.
Stargard-Posen	4½	—	4½	93 bz
Thüringer	—	—	4	133¾ G.
Warschau-Wien	—	—	5	59 bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

Berl. Kassen-V.	12	9⅕	4	159 G.
Braunschw. B.	6	6⅖	4	99½ B.
Bremer Bank	8	5¾	4	113½ G.
Danziger Bank	8	5½	4	109 B.
Darmst. Zettelb.	4	—	4	96 G.
Geraer Bank	7⅜	5⅛	4	97 B.
Gothaer „	5	—	4	91½ B.
Hannoversche B.	5⅓	—	4	84¾ bz.
Hamb. Nordd. B.	8½	7½	4	118¼ G.
„ Vereins-B.	10 3/16	8¾	4	110¾ G.
Königsberger B.	7 7/10	—	4	112 G.
Luxemburger B.	6	—	4	91 G.
Magdeburger B.	5	4	4	97½ et. bz.
Posener Bank	7½	—	4	100½ G.
Preuss. Bank-A.	13⅛	—	4½	155 bz.
Thüringer Bank	4	4	4	67 B.
Weimar	4¼	—	4	84½ et bz.
Berl. Hand.-Ges.	3	—	4	114¼ et bz.
Coburg. Credb. A.	4	—	4	74 B.
Darmstädter „	6½	—	4	90 bz. u. G.
Dessauer „	0	—	—	[illegible]¼ G.
Disc. Com.-Anth.	8	—	4	114 bz.
Genfer Credb.-A.	0	—	4	25 bz. u. B.
Leipziger „	—	—	4	91¾ G.
Meininger „	—	—	4	93⅝ bz.
Moldauer Lds.-B.	—	—	4	22¼ B
Oest. Credb.-A.	—	—	5	83¼ à 83 bz.
Schl. Bank-Ver.	7½	—	4	111¾ G.
Minerva	—	—	5	36¾ bz.
Fer. v. Eisenbdf.	10	21½	5	138 bz.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	10 T.	143¾ bz.	Augsburg 100 Fl.	2 M.	56. 28 G.
dito dito	2 M.	143⅜ bz.	Leipzig 100 Thlr.	8 T.	99⅝ G.
Hamburg 300 Mk.	8 T.	151⅝ bz.	dito dito	2 M.	99 5/12 G.
dito dito	2 M.	151¼ G	Frankfurt a. M. 100 Fl	2 M.	57 G.
London 1 Lstr.	3 M.	6. 24⅜ bz.	Petersburg 100 S.-R.	3 W.	93 G.
Paris 300 Frcs.	2 M.	81¼ bz.	dito dito	3 M.	91⅞ bz.
Wien 150 Fl.	8 T.	88⅜ bz.	Warschau 20 S.-R.	8 T.	83¾ bz.
dito	2 M.	87¾ bz.	Bremen 100 Thlr. Gold	8 T.	111⅞ bz. u. B.

∴ **Breslau**, 3. April. Am heutigen Markte war für Getreide ruhige Stimmung vorherrschend, bei der Preise aller Gattung sich nur schwerfällig behaupten konnten.

Weizen war ruhiger, pr. 84 Pfd. schlesischer weißer 109—124 Sgr., gelber 108—122 Sgr., feinste Sorte 2—3 Sgr. über Notiz bezahlt. — Roggen war nur schwach beachtet, pr. 84 Pfund schlesischer 85 bis 90 Sgr., fremder 80—85 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Gerste schwacher Umsatz, pr. 74 Pfd. gelbe 56—58 Sgr., helle 59—61 Sgr., weiße 63—65 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Hafer war ruhiger, pr. 50 Pfd. 37—41 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Erbsen schwer verkäuflich. — Wicken ohne Beachtung, pr. 90 Pfund 58 bis 62 Sgr. — Oelsaaten schwach beachtet. Lupinen wenig Umsatz, pr. 90 Pfd. gelbe 38—44 Sgr., blaue 40—44 Sgr. — Bohnen offerirt, pr. 90 Pfd. 92—100 Sgr. — Schlaglein stilles Geschäft. — Rapskuchen unverändert, schlesische 60—63 Sgr., fremde 57—60 Sgr. pr. Centner. — Mais (Kukuruz) mehr angeboten, 74—78 Sgr. pr. Ctnr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.